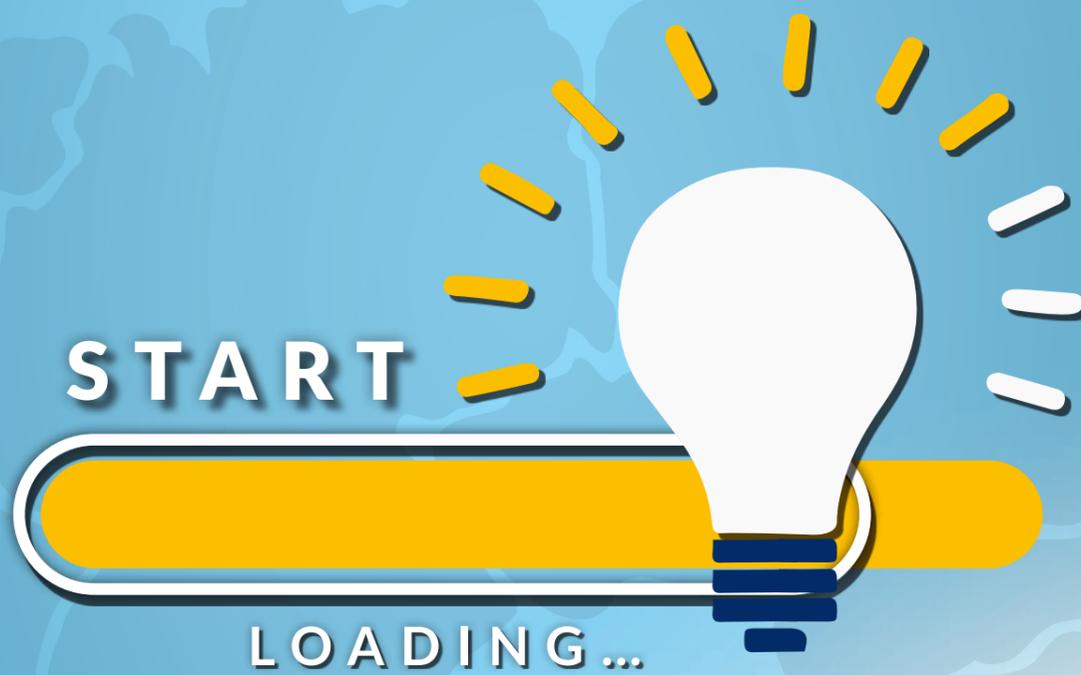


## Die Strategie für eine starke Industrie

Wie Österreich das Vor-Krisen-Niveau rasch erreichen und über sich hinauswachsen kann.



Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



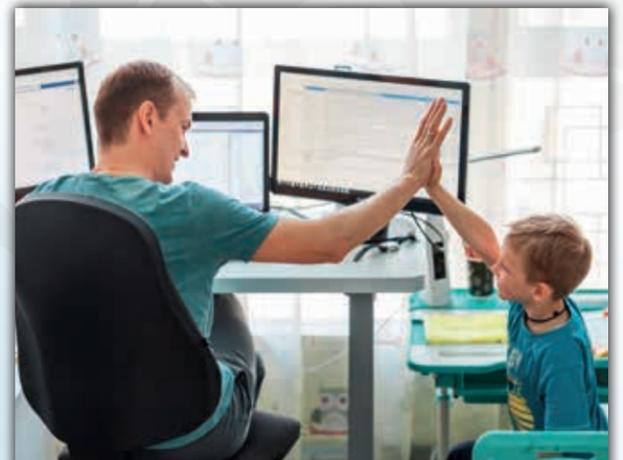
**AUSBLICK**  
Österreichs Fahrzeugindustrie muss in Bewegung bleiben

Seite 4



**DIGITALISIERUNG**  
Eine Jahrhundertchance für den Standort

Seite 5



**WIEN**  
JI-Wien-Schwerpunkt:  
Vereinbarkeit von Familie & Beruf

Seite 10

# Die Welt dreht sich auch ohne Europa

Gut gemachter Freihandel ist der Rahmen für die international vernetzte Wirtschaft. Gerade für Österreich und die EU bieten sich hier Chancen, die nicht verpasst werden dürfen. Statt Neo-Biedermeier wäre in Sachen Welthandel Weltoffenheit gefragt.

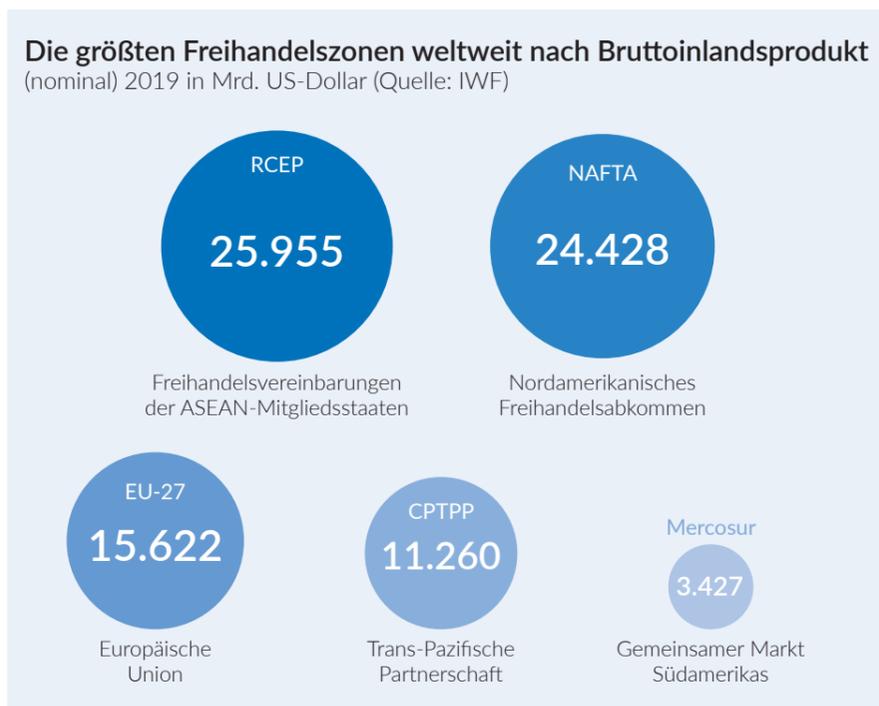
**M**ythen statt Fakten – kaum ein Wirtschaftsthema polarisiert so stark wie die Diskussion über internationalen Handel. Dabei veranschaulicht der aktuelle OECD-Bericht „Using trade to fight COVID-19“, warum die weltweite Arbeitsteilung unseren Alltag verbessert. Ohne internationale Wertschöpfungsketten und eine global vernetzte Wirtschaft gäbe es keine Corona-Vakzine. Ob Phiole aus Italien, Gefrierschränke aus China, Spritzen aus den USA oder Konservierungsstoffe aus Deutschland – dass Menschen bereits 10 Monate nach Ausbruch der Pandemie geimpft werden konnten, verdanken wir der internationalen Zusammenarbeit.

## Exportland Österreich braucht Handelsabkommen

Ein Blick auf die Wachstumszahlen macht deutlich, warum hohe Lebensqualität und Arbeitsplätze in Europa und Österreich mehr am Zusammenwachsen der Welt als an Anti-Freihandels-Demos hängen.

Mit einer Exportquote von 53 Prozent ist Österreich ein Exportland. Heimische Unternehmen und ihre Beschäftigten erwirtschaften mit ihren Erfolgen auf internationalen Märkten mehr als die Hälfte unseres Wohlstandes. Direkt oder indirekt zunehmend dort, wo Wachstum, Investitionen und Handel stattfinden – außerhalb Europas.

## Die größten Freihandelszonen weltweit nach Bruttoinlandsprodukt (nominal) 2019 in Mrd. US-Dollar (Quelle: IWF)



Europa und Österreich brauchen eine aktive europäische Handelspolitik, die weltweiten Marktzugang schafft und faire Handels- und Investitionsregeln durchsetzt.

Völlig zu Recht werden Exporte in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen. Rund 660.000 Arbeitsplätze hängen alleine in Österreich an Ausfuhren in Länder außerhalb der EU. Im Widerspruch dazu steht die Hexenjagd, die regelmäßig auf Freihandelsabkommen veranstaltet wird. Denn gut gemachte, moderne

Handelsverträge sind notwendige Türöffner für Exporte, schaffen faire Wettbewerbsbedingungen und damit unseren Wohlstand. Beispiel CETA: Trotz Corona war der bilaterale Handel zwischen EU und Kanada im Jahr 2020 um 15 Prozent höher als 2016, bevor das Abkommen in Kraft getreten ist.

## Dynamische Regionen warten nicht auf Europa

Statt Neo-Biedermeier ist Weltoffenheit gefragt – gerade, was den internationalen Handel betrifft.

Dynamische Regionen, wie der Asien-Pazifik-Raum, warten nicht. Das RCEP-Abkommen mit China, Australien und weiteren 13 Staaten vereint 2,2 Mrd. Menschen und 30 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Mit einem BIP von 25 Bio. Dollar liegt auch die nordamerikanische NAFTA-Region deutlich vor der EU.

Europa und Österreich brauchen eine aktive europäische Handelspolitik, die weltweiten Marktzugang schafft und faire Handels- und Investitionsregeln durchsetzt. Gleichzeitig muss die EU eine Lösung finden, wie sie mit den beiden größten Volkswirtschaften USA und China, die füreinander Partner und große Konkurrenten sind, umgeht. Wirtschaftliche Interessen, (geo)politische Ziele oder Anliegen der Bürgergesellschaft (Stichwort Menschenrechte oder Umweltschutz) müssen hier klug abgewogen werden. Die Welt ist jedenfalls deutlich komplexer als in einem Social Media-Posting vermittelbar. Eines zeigt die Geschichte jedenfalls: Wirtschaftliche Beziehungen und der Dialog sind wirksame Instrumente, wenn es darum geht, Wohlstand und Demokratie zu stärken sowie entscheidende gesellschaftliche Anliegen voranzutreiben.

## GASTKOMMENTAR

# Sechs Lehren aus der Krise

Die Corona-Pandemie, die sich nun hoffentlich ihrem Ende zuneigt, hat wie in einem Brennglas gezeigt, was Österreich braucht und was es ganz sicher nicht braucht. Dafür je drei Beispiele.

**W**as Österreich vor allem nicht braucht, sind parteipolitische Spielchen und tägliche Skandalisierungen. Die Bewältigung der Pandemie hat so lange gut funktioniert, so lange es einen Schulterschluss aller Parteien gab und die Warnungen vor dem tödlichen Virus nicht als Angstmache verunglimpft wurden. Seit politisches Kleingeld gemünzt wird, ist Sand ins Getriebe der

**„Der Föderalismus ist nicht dazu da, damit sich einer auf den anderen ausredet und am Ende keiner verantwortlich ist.“**

Krisenbewältigung gekommen. Dass seit Monaten mit allen Mitteln versucht wird, die Regierung zu destabilisieren oder gar zu stürzen, zeugt von einem erstaunlichen Mangel an Staatsbewusstsein. Hätte man auf einem in Seenot geratenen Schiff auch

nichts anderes zu tun, als die Besatzung auf der Brücke mit Anzeigen und Vorwürfen von der Arbeit abzulenken?

Was Österreich zweitens nicht braucht, sind Verstaatlichungsfantasien. Reflexartig nach einer Staatsbeteiligung zu rufen, sobald es einem Betrieb schlecht geht, zeugt von bemerkenswerter Geschichtsvergessenheit. Man hätte gedacht, die Fähigkeiten des Staates als Unternehmer und Wirtschaftslenker seien durch die traurige Geschichte der verstaatlichten Industrie in Österreich und durch weltweite abschreckende Beispiele von der Sowjetunion bis Kuba, von Venezuela bis Nordkorea hinreichend dargelegt.

Was Österreich drittens nicht braucht, ist Lokalpopulismus. Der Föderalismus ist nicht dazu da, damit sich einer auf den anderen ausredet und am Ende keiner verantwortlich ist, sondern dazu, dass die Gebietskörperschaften sinnvoll zusammenarbeiten. Das funktioniert aber nur dann, wenn alle Beteiligten bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Und sich nicht vordrängen, wenn es gute Nachrichten zu verkünden gibt, und völlig von der Bildfläche verschwinden, wenn es gerade nicht so gut läuft.

Das führt nahtlos zu den Reformen, die Österreich nach Corona jetzt braucht:

Erstens ist das ein krisenfester Staat. Der Bundesstaat in seiner gegenwärtigen Form, wo jeder jedem dreinreden kann, mag in normalen Zeiten funktionieren. Dann ist ja genügend Zeit, um die Dinge auszuordnen. In Krisen wie der jetzigen ist das nicht so. Wertvolle Zeit wurde mit Sitzungen, Abstimmungen und Bund-Länder-Runden vertan. Das muss angesichts tödlicher Gefahren schneller gehen. Daher muss ein System klarer Zuständigkeiten geschaffen und wieder ein zentraler staatlicher Krisenstab eingerichtet werden, wie er bis vor einigen Jahren im Bundeskanzleramt existierte, dann aber aus unerfindlichen Gründen abgeschafft wurde.

Zweitens braucht Österreich eine ernsthafte Krisenvorsorge. Obwohl Experten seit Jahren vor Großkrisen wie Pandemien und Blackouts warnen, wurde das Bundesheer, das in solchen Krisen als einzige Organisation ausreichende Mannstärken aufbieten kann, systematisch ausgehungert. Die wenigen getätigten Vorsorge-Handlungen wie der Ankauf von Atemschutzmasken wurden skandalisiert. Und Debatten über Gesundheitsstrukturen wurden jahrzehntelang nur unter dem Gesichtspunkt des Sparens geführt. Nun zeigt sich, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist und wie wichtig es ist, für Krisen vorzusorgen.

Was unser Land drittens braucht – und eng mit der Krisenvorsorge zusammenhängt –, ist eine verantwortungsvolle Budgetpolitik. Nach den Corona-bedingten Milliardendefiziten muss möglichst rasch wieder zu einem Kurs des ausgeglichenen Haushalts zurückgekehrt werden. Denn man darf nicht vergessen: Nur durch diesen in den vergangenen Jahren verfolgten Kurs der (relativen) Sparsamkeit hat Österreich jetzt in der Corona-Krise den finanziellen Spielraum, um wirtschaftlich gegenzusteuern.



Alexander Purger ist Journalist bei den „Salzburger Nachrichten“.

Foto: SN

# In die Zukunft wachsen

Investitionsgetriebenes und nachhaltiges Wachstum ist die Lösung für unsere Probleme nach Corona.

Die Corona-Krise nutzen manche als Gelegenheit, ideologische Ladenhüter aus der Versenkung hervorzuholen: Es gehe darum, eine „neue“, „gerechte“, „gmeinwohlorientierte“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen und vor allem den Abschied vom globalen „Wachstumsdenken“ zu besiegeln. Das ist umso verwunderlicher, denn gerade jetzt geht es um Wachstum, das die Folgen und Verwerfungen der Pandemie für unser Gemeinwesen mildert und uns die Gestaltungsspielräume der Zukunft öffnet.

Dafür spielt Österreichs international vernetzter Produktionssektor gemeinsam mit den Partnern in Finanzwirtschaft und Dienstleistungen eine Schlüsselrolle. Hier werden nicht nur hochattraktive Arbeitsplätze geschaffen, sondern hier werden gemeinsam auch die technologischen Lösungen für Zukunftsfragen in Digitalisierung und Ökologie erarbeitet. Umso wichtiger ist nun, dies bei allen Recovery-Projekten entsprechend zu würdigen und zu berücksichtigen.

Dies adressiert auch die von der IV erarbeitete Standortstrategie, deren Inhalte der Schwerpunkt dieser Ausgabe der iv-positionen (siehe

Seite 6) sind: Wir müssen technologieintensive Produktion von forschenden Unternehmen sichern, smarte Produktionstechnologien für die „Produktion der Zukunft“ ausbauen und Ressourceneffizienz durch F&E vorantreiben. Österreich braucht einen „Digitalisierungspush“ und die gezielte Unterstützung digitaler Frontrunner, damit wir die Überführung robuster industrieller Systeme in die betriebliche Praxis und neue Geschäftsmodelle erfolgreich forcieren können.

Smarte Technologieentwicklung ist auch zur Beschleunigung der „grünen“ Transformation und Forcierung der Kreislaufwirtschaft zu nutzen. Mit unserer neuen Strategie haben wir einen innovativen Maßnahmenplan entwickelt, damit der Standort Österreich mittelfristig nicht nur kräftig wachsen, sondern auch über sich hinauswachsen kann. Denn genau darum geht es jetzt. Wir müssen besser als vor der Krise werden, um Wertschöpfung, Arbeit und Zukunft für Österreich sichern zu können.

Dazu braucht es ein kluges Sowohl-als-auch, Sachpolitik statt Ideologie – gerade wenn wir an die Herausforderung Klima & Umwelt denken. Nachhaltiger Klimaschutz und energieintensive Produktion können



„Bei der Transformation des Mobilitätssystems ist eine Gesamtbetrachtung des Energie- und Rohstoffeinsatzes sowie der Emissionen erforderlich.“

Wolfgang Rapberger  
Geschäftsführer  
BRP-Rotax GmbH & Co KG

und müssen eine gemeinsame Zukunft in Österreich haben. Das gilt auch für die Fahrzeugindustrie, die wir mit einer eigenen Task Force stärken (siehe Seite 4). Unsere österreichische Mobilwirtschaft ist kein Bremser, sondern durch ihre Innovationskraft Treiber für Umwelt- und Klimaschutz – wenn man sie politisch nicht ausbremst. Verbote für Antriebstechnologien sind der falsche Weg. Wer offen für die Zukunft sein will, muss immer auch offen für Technologien sein und Digitalisierung als Chance verstehen (siehe Seite 5). In diesem Sinn brauchen wir mehr denn je eine starke sachliche (!) Partnerschaft mit und durch die Politik, damit wir gemeinsam in die Zukunft wachsen können – zum Nutzen aller.

Ihr

Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär

„Das größte Hemmnis beim Infrastrukturausbau sind viel zu lange Behördenverfahren. Die Verzögerungen beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, weil in anderen Ländern oftmals in wesentlich kürzeren Zeiträumen modernste Infrastruktur errichtet wird.“

Horst Felbermayr  
Geschäftsführer  
Felbermayr Holding GmbH

„Am wichtigsten ist es jetzt, schnell und entschlossen zu handeln. Wir können es uns nicht leisten, auf andere zu warten.“

Hubert Rhomberg  
Geschäftsführer  
Rhomberg Holding GmbH

## IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 11. Mai war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

## AKTUELLES IN KÜRZE

### POSTING DES MONATS



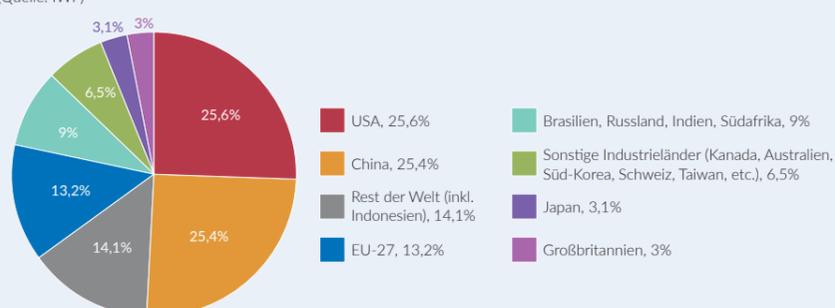
### GRAFIK DES MONATS

Europa droht immer mehr ins Hintertreffen zu geraten: Die beiden größten Volkswirtschaften der Welt, die USA und China, befinden sich schon seit Monaten im Aufschwung. Und zwar in einem Aufschwung, der global zu den stärksten der Neuzeit überhaupt zählt. Mit Wachstumsraten von 6,5 bis 8,5 Prozent ziehen diese Volkswirtschaften dem

Rest der Welt davon. Allein diese beiden Länder stehen für die Hälfte des globalen Wertschöpfungszuwachses im Jahr 2021. Im selben Zeitraum wird die Europäische Union bestenfalls gerade einmal etwas mehr als die halbe Aufschwungsdynamik schaffen. Damit tragen die EU-27 nur noch 13 Prozent zum globalen Wachstum bei.

#### Post-COVID-Wachstumsbeiträge zum Welt-BIP

Globales Realwachstum von 6%, anteilige Beiträge der Staaten/Regionen in % (Quelle: IWF)



### ZAHL DES MONATS

# 3

Österreich hat im Vorjahr Italien überholt und nun die dritthöchsten Abgaben auf Arbeitseinkommen unter den 37 OECD-Staaten. Bei einem Durchschnittsverdiener ohne Kinder machen Lohnsteuer und Sozialabgaben 47,3 Prozent der Lohnkosten aus. Mehr sind es nur in Belgien und Deutschland, wie eine aktuelle OECD-Studie zeigt. Auf diesen Stockerplatz sollte Österreich verzichten. Die Differenz zwischen Brutto- und Nettolöhnen ist auf einem Allzeithoch. Damit der Lohnkeil in Österreich nicht noch weiter anwächst, muss nun eine Senkung der Abgaben auf Arbeit und der Lohnnebenkosten stattfinden.



# Österreichs Fahrzeugindustrie muss in Bewegung bleiben

Mit einer Task Force stärkt die IV der heimischen Fahrzeugindustrie den Rücken. Sie braucht für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und die Erreichung der Klimaziele attraktive Rahmenbedingungen statt Einschränkungen und Belastungen.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Jeder zwölfte Euro, der österreichweit erwirtschaftet wird, lässt sich auf die heimische Fahrzeugindustrie zurückführen. Direkt und indirekt erwirtschaftet sie mehr als 29 Mrd. Euro der österreichischen Bruttowertschöpfung. Die Exportquote der Mobilitätsindustrie beträgt mehr als 86 Prozent. Ihr Anteil an den gesamten unternehmensinternen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich beläuft sich auf 10,3 Prozent. Vor allem: Die Fahrzeugindustrie sorgt für 355.000 Arbeitsplätze im Land – und beschäftigt einen großen Anteil höher- und hochqualifizierter Erwerbstätiger bei überdurchschnittlicher Bezahlung.

## Mobilitätsindustrie ist Treiber für Umwelt- und Klimaschutz

„Genauso wie die gesamte österreichische Industrie bekennt sich die österreichische Fahrzeugindustrie voll und ganz zu den Klimaschutzzielen und zum Ziel der Klimaneutralität. Die Mobilitätswirtschaft ist mit Sicherheit kein Bremser, sondern durch ihre Innovationskraft Treiber für Umwelt- und Klimaschutz“, so IV-Präsident Georg Knill. Trotzdem schlägt ihr von Teilen der Politik Ablehnung entgegen. Verbote für Verbrennungsmotoren oder die Priorisierung einzelner Antriebstechnologien sind politische Forderungen, die über die Köpfe der innovativen Unternehmen und ihrer Beschäftigten hinweg, abseits einer umfassenden wissenschaftlichen Prüfung, erhoben werden.

## Task Force zeigt Weg in die Zukunft

Vor diesem Hintergrund hat die IV eine Task Force eingerichtet. „Hier haben sich unsere IV-Landesgruppen und betroffene



Unternehmen – vor allem aus den ‚Auto-Bundesländern‘ Steiermark und Oberösterreich – intensiv damit auseinandergesetzt, wie die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Fahrzeugindustrie am Standort Österreich aussehen müssen und welche Wege in die Zukunft jetzt notwendig sind“, ergänzt IV-Vize-Präsident und Miba-CEO F. Peter Mitterbauer. „Wann und ob sich in Richtung Klimafreundlichkeit eine Antriebstechnologie durchsetzen wird, ist aus

heutiger Sicht noch offen. Untersuchungen zeigen: Österreich verliert Bruttowertschöpfung bei einer überhasteten und nicht technologieoffenen Umstellung auf alternative Antriebsarten“, so Helmut List, AVL-Geschäftsführer, zur aktuellen Debatte um das Verbrennungsmotor-Verbot. Er plädiert für einen ausgewogenen Mix – und einen Pfad in Richtung Klimaziele, der sich die Stärken der verschiedenen Antriebssysteme zunutze macht.

Auch die standortpolitische Dimension der Fahrzeugindustrie müsse im Auge behalten werden. „Die Fahrzeugindustrie ist weltweit tätig und trifft Investitions- und Standortentscheidungen zutiefst rational. Hohe Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes sowie eine Politik, die als mobilitätsfreundlich und technologieoffen betrachtet wird, sind essenziell für Volkswirtschaften, die auf Wertschöpfung und Beschäftigung durch die Automobilbranche bauen wollen“, unterstreicht Günther Apfalter, President Magna Europe & Asia. Er weist darauf, dass die Autoindustrie seit Jahren mit neuen regulatorischen Belastungen und ständig steigenden Abgaben konfrontiert sei. Österreich gehöre bereits jetzt zu den am höchsten besteuerten EU-Ländern im automotiven Bereich.



## WEBTIPP

Das IV-Positionspapier „Die österreichische Fahrzeugindustrie – innovativ, technologieoffen & nachhaltig“ finden Sie zum Download unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

## IV-KONJUNKTURBAROMETER

### VORAUSSETZUNGEN FÜR INVESTITIONSGETRAGENEN AUFSCHWUNG SIND GEGEBEN

Die Industrie hat wieder die Rolle der Wachstumslokomotive in Österreich übernommen.

Falls die Impfstrategie zügig weiterläuft, steht Österreich vor einem kräftigen Aufschwung – getragen von der heimischen Industrie. Das geht aus der jüngsten IV-Konjunkturumfrage

zum 1. Quartal 2021 hervor. Das IV-Konjunkturbarometer – der Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten

– gibt zwar um 6 Punkte auf 19,4 Zähler nach. Allerdings ist dieser Rückgang ausschließlich auf die vorsichtigere Einschätzung der Geschäftserwartungen auf Sicht von sechs Monaten zurückzuführen.

Damit zusammenhängend verbesserte sich der Indikator für den Beschäftigtenstand geradezu sprunghaft von -3 auf +27 Punkte und rangiert wieder in weit positivem Terrain. Am Arbeitsmarkt realisiert sich nun binnen kurzer Zeit die scheinbar paradoxe Entwicklung eines Nebeneinanders von hoher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einerseits und eines sich rasch verschärfenden Fachkräftemangels andererseits. Auslastung und Ertragsperspektiven deuten darauf hin, dass nach einer langen Durststrecke von über zwei Jahren nunmehr wieder die Voraussetzungen für einen investitionsgetragenen Aufschwung in Österreich gegeben sind. An der Umfrage beteiligten sich 411 Unternehmen mit rund 283.700 Beschäftigten.

## KONJUNKTURBAROMETER



Das IV-Konjunkturbarometer gab im 1. Quartal leicht nach. Dennoch verbesserte sich der aktuelle Geschäftsgang im Vergleich zum Vorquartal kräftig.

## Kräftiges Anziehen der Produktion zu erwarten

Getragen von der internationalen Konjunkturerholung sowie den Impulsen aus der Investitionsprämie steigt der aktuelle Geschäftsgang von 26 auf 52 Punkte. Grund dafür ist eine wesentlich verbesserte Geschäftslage, die von 29 auf 54 Zähler zulegt. Die Produktionserwartungen liegen in saisonbereinigter Betrachtung bei 33 Punkten und damit auf einem Wert, der ein kräftiges Anziehen der Produktion im weiteren Verlauf des Frühjahrs erwarten lässt. „Die Industrie hat die Pandemie professionell gemeistert und inzwischen die Rolle der Wachstumslokomotive für Österreich übernommen. Allerdings gilt es zwischen den Branchen zu unterscheiden“, erläutert IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

## WEBTIPP

Ausführliche Informationen über das IV-Konjunkturbarometer finden Sie unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

# Digitalisierung – eine Jahrhundertchance für den Standort

Digital.Erfolgreich.Industrie. | Teil 1

Die Transformation zum digitalen Österreich 2030+ zählt zu den wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre. Ein Aktionsplan der IV-Task Force Digitalisierung und Künstliche Intelligenz zeigt, wie das gelingen kann.

Österreich als einer der Top-3-Digitalisierungsvorreiter in Europa – ein ambitioniertes Ziel, das bis zum Jahr 2030 erreicht werden soll. Und es muss erreicht werden, denn die Welt befindet sich längst mitten im digitalen Zeitalter. Während vor allem Asien und Amerika bereits den digitalen Zukunftsraum betreten haben, verweilen Europa und Österreich noch auf der Türschwelle. Steigender Wettbewerbsdruck und eine wesentlich höhere Innovationsdynamik in anderen Weltregionen unterstreichen die Notwendigkeit, jetzt aktiv zu werden. Denn Europa verliert an Boden, besonders bei zukunftsweisenden Schlüsseltechnologien, wie Künstlicher Intelligenz. Von den weltweit 10 wertvollsten Unternehmen kommt keines mehr aus Europa – der Großteil davon sind Plattform- und Digitalunternehmen. Österreich liegt zudem unter den EU-Ländern weit abgeschlagen auf Rang 13 im Digital Economy and Society (DES)-Index.

## Höhere Wertschöpfung, mehr Arbeitsplätze, verbesserte Resilienz

„Es ist essenziell, keine Krise ungenutzt verstreichen zu lassen. Die Corona-Krise hat in der Digitalisierung für Rückenwind gesorgt. Das beginnt bereits bei der verbesserten Konnektivität und Effizienz in der täglichen Zusammenarbeit. Die Krise hat uns aber auch gezeigt, welche Businessbereiche resilient sind: Digitale Geschäftsmodelle blieben verhältnismäßig beständig – diese Unternehmen konnten sogar wachsen“, erklärt der Leiter der IV-Task Force Digitalisierung & Künstliche Intelligenz sowie RHI Magnesita-CEO Stefan Borgas. Unternehmen, die schon jetzt stark auf Digitalisierung setzen, werden gleichsam mit einer digitalen Dividende belohnt – in Form von stärkerem Wachstum, besserer Wettbewerbsfähigkeit und höherer Krisenfestigkeit. Davon profitieren ganze Branchen und Regionen durch zusätzliche Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Alleine durch den flächendeckenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz könnte bis zum Jahr 2035 ein doppelt so hohes BIP-Wachstum erreicht werden. Rund 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten durch die Digitalisierung jährlich in Österreich entstehen. Digitalisierung und Technologie haben sich somit nicht nur als kurzfristige Kriseninstrumente bewährt, sondern sichern auch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Ein erfolgreicher und zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort muss ein digitaler Wirtschaftsstandort sein.

## Die Industrie geht voran

Doch wie kann die Transformation zum digitalen Österreich 2030+ erfolgreich vorantreiben? Was ist dafür notwendig, wo stehen wir zurzeit? In einem breit angelegten Prozess hat die Industriellenvereinigung



unter Einbindung von 50 IV-Mitgliedunternehmen einen digitalen Aktionsplan erarbeitet und präsentiert. „Es braucht die Kombination aus innovativen Unternehmen und einem ebenso innovativen Staat, der die notwendigen Rahmenbedingungen schafft“, fasst Borgas zusammen. Einzelheiten und Handlungsschwerpunkte des IV-Aktionsplans können Sie in den nächsten Ausgaben der iv-positionen lesen. Klar ist aber schon jetzt: Die Industrie wird als

entscheidender Innovationstreiber am Standort vorangehen und die skizzierten Ziele konsequent verfolgen.

## WEBTIPP

Das IV-Positionspapier „Digital. Erfolgreich. Industrie. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ finden Sie zum Download unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

## Handlungsschwerpunkte für ein digitales Österreich 2030+

- Innovationsfähigkeit, Forschung und Entwicklung
- Künstliche Intelligenz (KI), Data & Enabling Technologies, New Business Models
- Cybersicherheit und Konnektivität
- Digital Skills, Education & Workforce
- Business Technology Integration
- E-Government & Citizen Use of Internet

## #INDUSTRIE-FACT

Laut Eurostat-Umfrage geben 66 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher an, über grundlegende bis fortgeschrittene digitale Kenntnisse zu verfügen. Das liegt über dem EU-Schnitt, aber unterhalb jenem der Niederlande oder Finnlands mit fast 80 Prozent.



Stefan Borgas leitet die IV-Task Force Digitalisierung & Künstliche Intelligenz.

## EU-Wiederaufbaufonds setzt richtige Schwerpunkte

Die Industrie hat sich erfolgreich für eine Stärkung wichtiger Zukunftsbereiche eingesetzt, wodurch zwei Drittel der Mittel in zusätzliche Investitionen fließen sollen.

Im Mai hat die Bundesregierung ihre Projekte für den 750 Mrd. Euro schweren europäischen Wiederaufbau-Plan bei der EU-Kommission eingereicht. Für Österreich sind 3,5 Mrd. Euro Zuschüsse vorgesehen, die österreichischen Vorhaben

belaufen sich auf 4,5 Mrd. Euro. Damit soll gesichert werden, dass alle möglichen Zuschüsse abgedeckt sind.

46 Prozent der Mittel fließen in Maßnahmen zum Klimaschutz und 41 Prozent in digitale Investitionen. Damit werden die EU-Vorgaben für diese Zukunftsfelder von 37 bzw. 20 Prozent deutlich übertroffen. Die Industriellenvereinigung hat sich in den vergangenen Monaten mit Ideen und Konzepten in die Erstellung des Planes eingebracht. Damit konnten wesentliche Anliegen der Industrie erreicht werden.

## Investitionspotenziale in zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten

Zwei Drittel der Gelder werden nun für zusätzliche Investitionen eingesetzt.

Ursprünglich war vorgesehen, lediglich bereits budgetierte Vorhaben damit abzudecken. Zudem hat die Industrie eine Reihe an neuen Investitionsprojekten angeregt: unter anderem durch die nun fixierte Teilnahme Österreichs an den „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) Mikroelektronik & Konnektivität und IPCEI-Wasserstoff mit jeweils mindestens 125 Mio. Euro. Ebenfalls wichtig: Laut Plan soll ein Dekarbonisierungs-Fonds für strategische Großprojekte der Industrie mit 100 Mio. Euro eingerichtet werden.

Zudem konnten in einer Vielzahl an Themenfeldern positive Impulse und Vorhaben verankert werden: z.B. Breitbandausbau im Umfang von 891 Mio. Euro; Digitalisierungsfonds für die öffentliche Verwaltung ca. 160

Mio. Euro; Digitalisierung der Schulen ca. 172 Mio. Euro und Ausbau der Elementarpädagogik mit 28 Mio. Euro. Diese Projekte gehen zum Teil über die bisherigen Regierungsvorhaben hinaus. Doch nicht nur die nationale Mittelverwendung ist für Österreich relevant: Der EU-Wiederaufbaufonds birgt auch in den zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten Investitionspotenziale für österreichische Unternehmen. Schließlich soll auf die EU-Mitgliedstaaten in dieser Region mit knapp 70 Mrd. Euro ein Vielfaches der direkt in Österreich vorgesehenen Mittel entfallen.

Wie geht es weiter? Nach der formalrechtlichen Abwicklung aller 27 nationalen Pläne durch den EU-Rat im Juni ist die Bereitstellung erster Gelder ab dem Sommer geplant.

## Wesentliche Industrie-Anliegen verankert

- 2/3 der geplanten Mittelverwendung für zusätzliche Investitionen
- Wichtige Investitionsprojekte (IPCEI Mikroelektronik & Konnektivität sowie Wasserstoff)
- Infrastruktur (u.a. Breitbandausbau)
- Forschung (u.a. Quanten- u. Medizinforschung)
- Bildung (Digitalisierung)

# Mittelmaß reicht nicht – Strategie für einen starken Standort

*In ihrer neuen Strategie für den Standort Österreich 2025+ bringt die Industrie praxisnah auf den Punkt, wie nach Corona Wachstumsbremsen gelockert und neue Schubkraft für Wohlstand und Arbeitsplätze entwickelt werden müssen.*

**EU**-Wiederaufbauplan, Comeback-Plan der Bundesregierung, Standortstrategie der Bundesregierung, EU-Industriestrategie: An Vorhaben und Planungen für die Zeit nach Corona mangelt es derzeit nicht. Für die exponierten Sektoren der Volkswirtschaft – Produktion und damit verbundene Dienstleister – ist wichtig, dass bei allen industriepolitischen Maßnahmen Ambition und Konkretheit der Maßnahmen stimmen. „Mittelmaß und eine bloße Rückkehr auf das Vor-Krisen-Niveau werden nicht ausreichen, um Wohlstand und Lebensqualität in Österreich zu sichern und Arbeitsplätze wiederaufzubauen. Es geht darum, wie der Standort über sich hinauswachsen kann“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Für ihn ist klar: „Das Licht am Ende des ökonomischen Krisen-Tunnels ist ein starker, erfolgreicher Industriestandort Österreich. Er braucht jetzt die besten Rahmenbedingungen, damit der Aufschwung so kräftig, rasch und nachhaltig wie möglich ausfallen kann. Dafür brauchen wir mutige, innovative und vor allem praxisgerechte Maßnahmen, die Österreich deutlich voranbringen.“

## Neue Wege gehen

Vor diesem Hintergrund hat die Industrielnvereinigung mit rund 900 Mitgliedern ein Zukunftsbild für den Standort Österreich 2025+ erarbeitet. „Mit ganz konkreten Ideen und Vorschlägen zeigen wir, wie Wachstumsbremsen gelockert werden können und Schubkraft für Wohlstand und Arbeitsplätze entwickelt wird“, so Knill. Dass die Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze in Österreich wichtiger denn je sind und ihre Vorschläge daher besonderes Gewicht haben, steht außer Frage: Trotz der schwersten Wirtschaftskrise der Neuzeit bietet die Industrie im Inland heute um 15 Prozent mehr (!) Arbeitsplätze als noch vor einer Dekade. „Um wieder auf das Vor-Krisen-Niveau zu kommen, muss der Entlastungskurs fortgesetzt werden. Das

gilt vor allem für die Körperschaftsteuer und die Lohnnebenkosten. Damit wir über uns hinauswachsen können, braucht es neue Ansätze und Ideen. Qualifizierung, Digitalisierung und Ökologisierung sind dabei die big three“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

## Eigene Agentur für Fachkräfte

Ein wichtiges Anliegen der IV-Strategie ist die für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zukunftsentscheidende Fachkräftesicherung. Sie ist ein wichtiger Hebel für zukunftsorientierte Wertschöpfung. Während die USA und China für die Hälfte des weltweiten Wertschöpfungszuwachses im Jahr 2021 stehen, trägt die EU lediglich 13 Prozent zum globalen BIP bei. „Für erfolgreiche digitale Transformation und Innovationskraft braucht es beste Qualifizierung. Trotz der-

Entwicklung in der Aus- und Weiterbildung, der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaft gegeben werden. Das vorhandene Wissen muss vernetzt werden und in verbindliche Maßnahmen, beispielsweise in den Bildungseinrichtungen, gegossen werden. Außerdem empfiehlt die Industrie die Aufwertung der dualen Lehrausbildung und attraktive Modelle für die Lehre nach der Matura.

## Investitionen durch Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds

Um die digitale Transformation voranzutreiben, empfiehlt die Industriestrategie, Technologie-Frontrunner aus Österreich gezielt zu stärken. „Unser Ziel sind agile und resiliente Wertschöpfungsnetzwerke und ein wettbewerbsfähiger, innovativer und nachhaltiger Produktionssektor mit einem starken Ökosystem aus Leitbetrieben, KMU und Jungunternehmen in Österreich“, so IV-Präsident Georg Knill. Um die Zukunftsfähigkeit des Standortes nachhaltig zu stärken, plädiert die IV für Maßnahmen für die heimischen energieintensiven Unternehmen beim Übergang zur Energiewende. „Nachhaltiger Klimaschutz und energieintensive Produktion können und müssen eine gemeinsame Zukunft in Österreich haben. Es braucht eine Kompensation der Kosten, die nicht am weltweiten Markt untergebracht werden können. Konkret schlagen wir hier einen Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds vor, der energieintensive Unternehmen dabei unterstützt, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen“, so Knill. Der Fonds soll Projekte des Innovationsfonds des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) oder von Investitionen bei den europäischen Großprojekten IPCEI Wasserstoff und Low Carbon Industries kofinanzieren. Außerdem soll der Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds die Erforschung, Herstellung und Nutzung von alternativen Treibstoffen finanziell mittragen. Auch Beihilfen zur Kompensation von durch das ETS verursachten Strompreiserhöhungen sowie klimapolitisch bedingte Kosten für CO<sub>2</sub>-reduzierte Produktion sollen über den Fonds finanziert werden, regt die IV in ihrer Strategie an.

**„Nur wenn es gelingt, Österreich als Industrieland zu stärken, können alle profitieren.“**

**Christoph Neumayer  
IV-Generalsekretär**

zeit hoher Arbeitslosigkeit sind zahlreiche Betriebe vor allem in industriestarken Regionen wieder verstärkt mit einem Fachkräftemangel konfrontiert, der ihre Wettbewerbsfähigkeit massiv einschränkt“, so Neumayer. Als konkrete Maßnahmen regt die IV die Schaffung einer Fachkräfteagentur an, deren Aufgabe die Steuerung der mittel- und langfristigen Fachkräfteentwicklung sein soll. Auf Basis eines Fachkräftemonitorings sollen klare und verbindliche Aussagen zur erwartbaren Kompetenzentwicklung getroffen und konkrete Empfehlungen für deren



# START

## LOADING ...

### Entlastungskurs fortsetzen

Unverzichtbar ist es aus Sicht der Industrie, den eingeschlagenen Entlastungskurs konsequent fortzusetzen. Konkrete Maßnahmen sind die notwendige Stärkung des Eigenkapitals, um Unternehmen krisenfester zu machen, und die Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent. Ebenfalls dringend notwendig ist die Senkung der Lohnnebenkosten in Richtung deutsches Niveau, das mehr als vier Prozentpunkte niedriger liegt als das österreichische. IV-Generalsekretär Neumayer: „Das kann ein Impuls sein, um die Arbeitslosigkeit zu senken – ebenso wie die zeitliche Förderung

Entlastung ist natürlich auch bei Genehmigungsverfahren angesagt – vor allem bei wichtigen Infrastruktur- und Energieprojekten. Denn eine sichere, intelligente und leistungsfähige Infrastruktur und deren ressourceneffiziente Bewirtschaftung sind die tragenden Elemente von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Insbesondere bedarf es einer Straffung der Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren, einer Reform des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes sowie der Verfahren vor den Bundesverwaltungsgerichten, lauten die konkreten Vorschläge der IV-Strategie.

Industrie in sämtlichen EU-Politikbereichen geben, erwartet sich Österreichs Industrie.

Das alles ist kein wirtschafts- und industriepolitischer Selbstzweck, sondern gerade jetzt für den Standort erfolgsentscheidend: „Die Industrie bietet selbst in der schwersten Wirtschaftskrise sichere Arbeitsplätze, überdurchschnittliche Einkommen, umweltschonende Technologien und hochwertige Produkte. Nur wenn es gelingt, Österreich als Industrieland zu stärken, können alle von diesen Vorteilen profitieren“, bilanzieren Knill und Neumayer.

### WEBTIPP

Alle Vorschläge und Ideen zur IV-Industriestrategie finden Sie zum Download unter [www.iv.at](http://www.iv.at)



**„Das Licht am Ende des ökonomischen Krisen-Tunnels ist ein starker, erfolgreicher Industriestandort Österreich.“**

Georg Knill  
IV-Präsident

### Exporte stärken

Die Corona-Pandemie hat als – unfreiwilliges – Realexperiment vermittelt, wie stark Österreichs Wohlstand und seine Arbeitsplätze am Erfolg der Exportwirtschaft hängen. „Gerade für ein kleines Land wie Österreich ist es essenziell, dass die Unternehmen wieder ungehindert weltweit aktiv und erfolgreich sein können. Denn Österreich ist ein Exportland. 53 Prozent unseres Wohlstandes erwirtschaften Unternehmen und ihre Beschäftigten mit ihren Erfolgen auf den internationalen Märkten. Die Unterstützung von Exporten und der bestmögliche Zugang zu dynamischen Märkten sind zur Überwindung der Krise entscheidend“, so IV-Präsident Georg Knill. Der Wettlauf um Marktzugänge gewinnt an Dynamik, wie sich an den zuletzt entstandenen Freihandelszonen im asiatischen (RCEP) und transpazifischen (CPTPP) Raum zeigt. Konkrete Forderungen der Industriestrategie: Mit den USA sollen Gespräche über ein transatlantisches Abkommen aufgenommen werden. Ein faires EU-Mercosur-Abkommen, das gerade (!) auch für Umweltschutz in den Partnerländern sorgt, muss umgesetzt werden. Auch der Anschluss an andere dynamische Wirtschaftsräume, etwa Australien, soll durch Abkommen gesichert werden. Am Ball ist die EU auch mit Blick auf einen notwendigen Belastungs-Stopp: Es soll ein Moratorium auf Belastungen für Wirtschaft und

der Lohnnebenkosten bei von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffenen Gruppen.“ Damit Österreich möglichst rasch wieder das Vor-Krisen-Niveau erreichen und überschreiten kann, ist ein investitionsfreundliches Klima notwendig. Die Industrie plädiert daher für die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrags. Ein Freibetrag für 30 Prozent der Investitionskosten z.B. für Maschinen oder Produktionsgebäude könnte für ökologisch sinnvolle Investitionen noch erhöht werden – analog zur, zeitlich begrenzten, jetzigen Investitionsprämie. Um den Kapitalmarkt zu stärken, empfiehlt die Industrie die Einführung der Behaltefrist bei der Kapitalertragsteuer.

## DIE IV-INDUSTRIESTRATEGIE „BESSER ALS VOR CORONA – WIE WIR ÜBER UNS SELBST HINAUSWACHSEN“

### I. Werkzeuge, um das Vor-Krisen-Niveau zu erreichen



Investitionen forcieren



Arbeitsmarkt beleben



Kapitalmarkt stärken



Effizienz steigern



Entlastung vorantreiben



Deregulierung umsetzen



Infrastruktur sichern und ausbauen

### II. Die besten Ideen, um über uns hinauszuwachsen



Digitalisierung beschleunigen



Forschung & Innovation unterstützen



Qualifizierung verbessern

# „MINT-Girls Challenge“ gestartet

Ein neuer bundesweiter Wettbewerb soll das Interesse an technisch-naturwissenschaftlichen Fächern wecken.

**P**assend zum „Girls-Day“ im April starteten Frauenministerin Susanne Raab, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka die Initiative „MINT-Girls Challenge“. Die Initiative soll mehr Mädchen und junge Frauen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) begeistern und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Österreich gehört heute zu den innovativsten Ländern der Welt. Immer mehr heimische Unternehmen setzen auf Forschung und Entwicklung, Technologie und Digitalisierung. Moderne Medikamente, Smartphones oder Elektroautos – Technik aus Österreich macht es möglich. Daher suchen Unternehmen auch immer stärker nach talentierten und gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern – den so genannten MINT-Disziplinen. Gerade Frauen sind im MINT-Bereich selten, von technischen Lehrberufen bis hin zu MINT-Studienrichtungen, die wiederum die Grundlage für Forschungs- und Innovationsberufe darstellen. „Dabei liegen



## „MINT-GIRLS CHALLENGE“ AUF EINEN BLICK

- Einreichung bis 31.8. unter: [www.mint-girls.at](http://www.mint-girls.at)
- Für Mädchen von 3 bis 18 Jahren
- Einreichung einer Idee wie MINT zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems beiträgt (Sustainable Development Goal/SDG)
- Beiträge können als Video, Text, Audio oder als Bild eingereicht werden

gerade dort die großen Zukunftschancen für junge, begeisterte Menschen, die etwas verändern wollen. Von der Bekämpfung des Klimawandels über Mobilitätskonzepte der Zukunft bis hin zur Heilung lebensbedrohender Krankheiten. Das sind wirklich spannende Betätigungsfelder. Vor allem für junge Mädchen und Frauen, die die Zukunft mitgestalten wollen“, ist IV-Vizepräsidentin Herlitschka überzeugt.

## Die Probleme unserer Zeit lösen

Bei der „MINT-Girls Challenge“ können kreative und originelle Videos, Texte und Audios eingereicht werden, die die Mädchen beim Experimentieren oder bei der Umsetzung ihrer MINT-Ideen zeigen. Eingebettet ist der Wettbewerb in eine Story: „Nutze MINT, um die Probleme unserer Zeit zu lösen!“ Teilnehmen können Mädchen zwischen 3 und 18 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Einreichung erfolgt in den vier Kategorien Kindergarten, Volksschule, Unterstufe und Oberstufe bzw. Lehrlinge. Auf die Gewinnerinnen warten Preise wie Praktika oder Schnuppertage in Unternehmen, MINT-Workshops und ein Meet & Greet mit den Proponentinnen der Initiative.

## AKTUELLES IN KÜRZE

### Neues Nationales Klimaschutzgesetz ante portas

**E**in frühzeitig bekannt gewordenes Non-Paper aus dem Klimaministerium (BMK) erhebt den Anspruch, in einer umfassenden Prioritätenverschiebung das gesellschaftliche und wirtschaftliche Tun weitgehend der Erreichung einer nationalen Klimaneutralität bis 2040, und damit zehn Jahre vor der EU, unterzuordnen.

Folgende Elemente des Papiers sind vor diesem Hintergrund aus Sicht der IV von besonderer Relevanz:

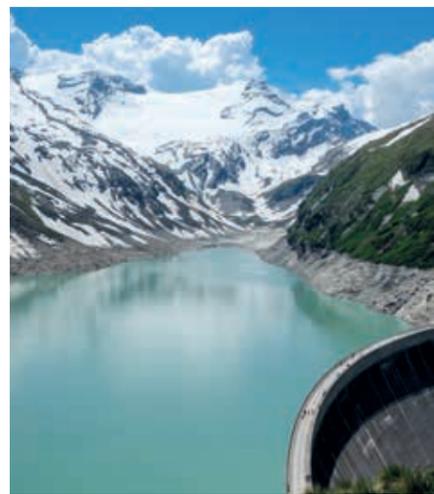
- Die geplante verfassungsrechtliche Verankerung des Ziels der Klimaneutralität

bis 2040, die in dieser strikten Form nicht im Regierungsprogramm vorgesehen ist.

- Die Schaffung neuer Strukturen, wie einem wissenschaftlichen Klimabeirat oder einem BürgerInnenrat, unter direktem Einfluss des BMK, welche geeignet sind, die bestehende demokratische Legitimation politischer Entscheidungsfindung auszuhöhlen.
- Die Verlagerung von gestaltender Entscheidungskompetenz in Klima- und damit Energiefragen von der Politik hin zu Gerichten, was wiederum unter dem

Gesichtspunkt der oben genannten Verfassungsverankerung des 2040er-Ziels höchst relevant werden kann.

Aus Sicht der Industriellenvereinigung müssen bei aller Wichtigkeit und Dringlichkeit Maßnahmen zum Klimaschutz auch weiterhin gegenüber anderen gesellschaftlichen Zielen wie Wohlstand und Beschäftigung abgewogen werden. Dies umso mehr, wenn es darum gehen soll, ein deutliches nationales Gold Plating, also eine Übererfüllung der EU-Vorgaben, gegenüber den jüngst verschärften EU-Klimazielen umzusetzen.



### Am Anfang des asiatischen Jahrhunderts

**D**ie aktuelle ökonomische Entwicklung im Reich der Mitte war Thema beim IV-Bundesvorstand im April: „Wir stehen am Anfang eines asiatischen Jahrhunderts. Das haben die ersten 20 Jahre schon deutlich gezeigt“, betonte Joe Kaiser, ehemaliger CEO der Siemens AG und nun Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens Energy AG und Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

(APA). Europa müsse sich fragen, wie es damit umgehen sollte. So habe China nach der Finanzkrise 2008/09 mit seiner wirtschaftlichen Expansion nun erneut die Weltwirtschaft aufgefangen: „Ohne China wären die wirtschaftlichen und damit auch sozialen Folgen der Krisen in Europa deutlich schlimmer. Aber China verfolgt auch einen systemischen Führungsanspruch. In Europa müssen wir darüber nachdenken, welche strategisch

wichtigen Branchen von nationalem Interesse sind. Das ist zu definieren und dann muss man eine reziproke Lösung mit China finden.“ Der Schlagabtausch zwischen den USA und China um die wirtschaftliche und strategische Vormachtstellung sei jedenfalls voll entbrannt. Sichtbar seien bereits Ansätze eines Auseinanderdriftens von Handelsregeln, Technologien und Wirtschaftspraktiken zwischen US-dominiertem und China-dominiertem

Einflussraum. Europa brauche eine Antwort auf dieses drohende Decoupling. „Gerade angesichts der aktuellen geopolitischen und geökonomischen Unsicherheiten ist es wichtig zu demonstrieren, dass wir Hürden und Unterschiede durch partnerschaftliche Kooperation überwinden und der Welt Beispiele für Multilateralismus, Offenheit und Win-Win-Partnerschaften geben“, lautete des Plädoyer des APA-Vorsitzenden.

### Lernen für die Schule und das Leben

**D**as KURIER Lernhaus hilft Kindern, die Schule zu meistern – damit Bildung keine Glückssache ist. Kübra lernt gerne – ganz besonders am Nachmittag. Denn sie hat das Glück, als eines von 30 Kindern ins Lernhaus Gänserndorf zu dürfen, wo sie kostenlose Lernhilfe bekommt. Gänserndorf ist nicht der einzige Standort: Mittlerweile gibt es in neun KURIER Lernhäusern unter Leitung des Roten Kreuzes in Niederösterreich, Tirol und Wien Lernunterstützung für 200 Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 15 Jahren. An jedem Standort gibt es zumindest eine ausgebildete Pädagogin und viele Freiwillige.

Kinder wie Kübra erhalten dort die Hilfe, die nötig ist, damit sie die Schule meistern können. Statt die Schule abzubrechen, werden sie zu selbstbewussten Menschen, die später eine Lehre oder die Matura machen. Aus diesem Grund rief der KURIER diese Bildungsinitiative vor zehn Jahren ins Leben, wie KURIER-Geschäftsführer Thomas Kralinger betont: „Wir wollen dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, die weniger Chancen auf gute Bildung haben, bessere Voraussetzungen für einen erfolgreichen Werdegang bekommen.“ Die Lernhäuser finanzieren sich ausschließlich über Spenden. Über den Verein KURIER AID AUSTRIA organisieren der

KURIER und seine Partner UNIQA, Raiffeisen, WKO Bauwirtschaft und Rotes Kreuz die Finanzierung. Dazu kommen Kleinspender und weitere Sponsoren wie Agrana, EVN, Knorr-Bremse, die Industriellenvereinigung und die Umdasch Stiftung. In Niederösterreich können die Lernhäuser außerdem durch die Unterstützung des Landes vor Ort in den Schulen arbeiten. Alle Spenden fließen direkt in den Betrieb der neun KURIER Lernhaus-Standorte.

Spendenkonto: AT71 3100 0000 0099 9995  
Infos und Online-Spendenmöglichkeit:  
[www.kurierlernhaus.at](http://www.kurierlernhaus.at)



# Wir haben es mit veralteten Rollenbildern zu tun

Die JI konzentriert sich aktuell stark auf das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Im Interview erklären die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Katharina Rhomberg-Shebl und Nikolaus Griller, warum.

**Liebe Katharina, Du bist erst vor kurzem selbst Mutter geworden, wo siehst Du die größten Herausforderungen für eine gelingende Vereinbarkeit?**

Katharina: Es ist ein komplexes Thema, das eigene persönliche Umfeld spielt eine große Rolle, auch die individuellen beruflichen Gegebenheiten. Was allgemein gestaltbar ist, sind die Rahmenbedingungen, etwa im Bereich der Elementarbildung. Da gibt es in Österreich jedenfalls noch Optimierungsbedarf. Am Ende ist es aber auch ein zutiefst gesellschaftspolitisches Thema. Wir haben es in Österreich teilweise mit sehr veralteten Rollenbildern zu tun.

**Lieber Niki, im Papier der JI-Wien ist von der „Stärkung des Standortes“ zu lesen. Kannst Du uns das näher erklären?**

Niki: Die Menschen wollen möglichst flexibel



Katharina Rhomberg-Shebl und Nikolaus Griller plädieren für bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

und eigenverantwortlich entscheiden, wie sie Familie leben. Das ist auch für die Unternehmen eine große Herausforderung – aber eine, die ich gerne annehme. Gerade als Arbeitgeber können wir Vorbildwirkung haben. Vereinbarkeit muss selbstverständlicher

Teil der Unternehmenskultur sein. Es geht aber auch nicht ohne adäquate gesetzliche Rahmenbedingungen. In Österreich ist Familie oft ein Karrierehindernis, vor allem für junge Frauen. Das soll sich ändern, so stärken wir uns als Gesellschaft, aber eben auch als Standort.

**Ist das Ziel ein generelles Zurückfahren von Teilzeit bei Frauen?**

Katharina: Nein, das Ziel ist echte Wahlfreiheit für Familien, was auch Teilzeit für Männer wie Frauen beinhalten kann. Damit einher geht aber auch das Ziel, das brachliegende Fachkräftepotenzial der in Teilzeit arbeitenden Mütter (und Väter) auszuschöpfen... nämlich zum Beispiel all jener, die sich aufgrund mangelhafter Strukturen, z.B. im Kinderbetreuungsangebot, zu Teilzeit oder langer Familienauszeit entscheiden.



## Kinder in der Föderalismus-Falle

*Regionalisierung hat Vorteile, keine Frage. In manchen Bereichen bremsen wir uns damit aber selber aus.*

Die JI-Seite ist diesmal ganz der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewidmet. Mehrere Landesgruppen beschäftigen sich aktiv mit diesem Thema, das auch viele JI-Mitglieder als sehr relevant für ihr persönliches Leben wahrnehmen. Vereinbarkeit ist komplex. In Österreich sind etwa veraltete Rollenbilder ein großes Problem – diese zu ändern, ist aber bekanntlich schwierig und langwierig.

Es gibt aber durchaus Bereiche, wo man Dinge leichter verbessern könnte, etwa bei der Elementarpädagogik. Dass in unserem kleinen Land hier der Föderalismus voll durchschlägt, ist nicht ideal: Die Qualität des elementarpädagogischen Angebots hängt vom Wohnort ab – zeitgemäß ist das nicht.

Die Corona-Krise hat auch in anderen Bereichen gezeigt, dass der Föderalismus nicht immer die beste Lösung ist. Außerdem ist durch Corona allen bewusst geworden: Kindergärten und Schulen sind in mehrerlei Hinsicht systemrelevant. Es geht nicht nur um Bildung, sondern auch Betreuung, soziale Kontakte für die Kinder und vieles mehr. Vielleicht wäre es an der Zeit, dass man nun auch Berufsgruppen wie z.B. den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen entsprechende Anerkennung zollt. Auf Verbesserungen warten sie schon lange.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

### JI-UPDATE

## Familien fördern – Standort stärken!

Eine Task Force der JI-Wien hat sich angeschlossen, welche Rahmenbedingungen verbessert werden müssten, damit die Menschen in Österreich eigenverantwortlich und flexibel entscheiden können, wie sie ihr Familienleben gestalten. Dies betrifft einmal die Elementarbildung, deren Verfügbarkeit weiter verbessert und deren Rahmenbedingungen vereinheitlicht werden sollten. Das Papier adressiert aber auch arbeitsrechtliche Aspekte,

wie etwa den überbordenden Kündigungs- und Entlassungsschutz bei Elternteilzeit, die komplizierte Abrechnung von Mehrarbeit in Teilzeit oder das Thema Vertrauensarbeitszeit. Beim Kinderbetreuungsgeld sollen die Zuverdienstgrenzen abgeschafft und die bestehenden Modelle vereinfacht werden. Zugleich werden bessere Anreize für Väterkarenz und die Umsetzung des automatischen Pensionssplittings gefordert.

## Mehr Kinderbildungsplätze für Chancengleichheit

In der Steiermark beschäftigt sich die Junge Industrie seit einem Jahr vor allem mit dem Thema Kinderbetreuung und -bildung, und das aus gutem Grund: Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen liegt bei 22 Prozent in der Steiermark – der Österreichschnitt bei 30 Prozent. In Wien sind es 46 Prozent. Betreuungseinrichtungen sind durchschnittlich 21 Tage geschlossen, in Wien 7 Tage. Gleichzeitig kostet ein Betreuungsplatz in der Steiermark mit rund 8.400 Euro im Jahr mehr als im Rest Österreichs. Neben einem Ausbau der Infrastruktur schlägt die JI-Steiermark daher auch neue Lösungen vor,

wie etwa flexible Betreuungszeitmodelle und die Option, Plätze zu teilen. Auch ein systemisches Umdenken wird angeregt: So sollten eher Kinder statt Kindergartenplätze gefördert werden. Geht es nach der JI, sollte ein Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen, ganztägigen, ganztägigen sowie leistbaren Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem 1. Geburtstag ab 2025 das Ziel sein. Darüber hinaus werden die finanziellen wie karrieretechnischen Folgen langer Karenzzeiten sowie der rechtliche Rahmen für eine verbesserte Vereinbarkeit für Väter wie Mütter thematisiert.

**WEBTIPP:** Alle Informationen unter [www.jungeindustrie.at](http://www.jungeindustrie.at)

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: [positionen@iv.at](mailto:positionen@iv.at), Homepage: [www.iv.at](http://www.iv.at), ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter [www.iv.at](http://www.iv.at)

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/AdobeStock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Universität Innsbruck, IV-Vorarlberg, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



### JI-FACTBOX

**Im Jänner 2020 waren nur 4 Prozent aller Kinderbetreuungsgeldbezieher Männer.**

(Stichtagsbetrachtung, Soziologin Sonja Dörfler)



# JI-Wien startet Schwerpunkt „Vereinbarkeit von Familie & Beruf“

Mit Veranstaltungen und einer Social-Media-Kampagne setzt die JI-Wien im Mai erste Schritte, um diesem wichtigen Thema mehr Sichtbarkeit zu verleihen.

Die Junge Industrie will Österreich zum Spitzenstandort für ein familienfreundliches Berufsleben und zu einem Land machen, wo es Menschen gelingt, erfolgreiche Berufstätigkeit mit erfüllender Elternschaft unter einen Hut zu bringen. In den vergangenen Monaten hat daher die JI-Wien eine „Task Force Vereinbarkeit“ ins Leben gerufen, die JI-Mitglieder befragt und zahlreiche Gespräche mit Experten und politischen Entscheidungsträgern geführt. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten wurden die wichtigsten Stellschrauben für bessere Vereinbarkeit identifiziert (siehe auch S. 9) und eine Reihe von Aktivitäten entwickelt, um Unternehmen und ihren Mitarbeitern Mut zur Vereinbarkeit zu machen sowie der Politik den Handlungsbedarf bei diesem Thema stärker vor Augen zu führen.

## Gemeinsames Führen als Vereinbarkeitsbooster?

In einer Auftaktveranstaltung am 15. April drehte sich alles um die Frage, ob Führung teilbar ist. Die Antwort lautet heute immer öfter ja, denn zunehmend bieten Unternehmen auch Führungskräften die Möglichkeit zum Job-Sharing an. JI-Wien-Vorsitzender Niki Griller diskutierte mit Yasmin Kavosi (Shell Austria GmbH), Eva Köllner-Aulehla (Verbund AG) und Manuela Vollmann (abz\*austria) über das Für und Wider des Modells „Top-Sharing“, welchen Beitrag es für bessere Vereinbarkeit leisten kann, warum das gemeinsame Führen auch ein guter Business Case ist und welche Rahmenbedingungen es braucht, damit „Top-Sharing“ zum Erfolg für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird.

## Betriebliche Kinderbildung und -betreuung im Faktencheck

Am 29. April stand das Thema der betrieb-

**Wie mein Kind reagiert, wenn es endlich wieder in den Kindergarten gehen darf:**

**iv JUNGE INDUSTRIE**

**Familien brauchen steuerliche Entlastungen und bessere Anrechnungen zur Pension.**

— Ludwig Makna-Altzinger, Junge Industrie Wien

**Wie mich mein Kind im Homeoffice unterstützt:**

**iv JUNGE INDUSTRIE**

**Eine Teilzeiterbeschäftigung hat zwar auch ihre Nachteile, aber für qualifizierte Jobs ist sie eine gute Lösung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

— Wilfried Grillner  
Sprecher Bundesvorstand Junge Industrie

lichen Kinderbildung und -betreuung im Fokus. Österreich hat hier im internationalen Vergleich noch einiges an Aufholbedarf. Betriebe können jedoch, angesichts des mancherorts lückenhaften öffentlichen Angebots, gerade in diesem Bereich einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbar-

keit leisten. Im Online-Talk mit Alice Pitzinger-Ryba (Verein Family Business), Sonja Haas-Hintersteiniger (Umdasch Group) und Alexandra Eichberger (Magenta Telekom) unterzog die Junge Industrie Wien, Niederösterreich und Burgenland das Thema daher einem gründlichen Faktencheck.

Im Gespräch mit JI-Wien-Vorstandsmitglied Anna Schörghofer wiesen die drei Expertinnen unter anderem darauf hin, dass betriebliche Kinderbetreuungsangebote mit längeren Öffnungszeiten, weniger Schließtagen und kurzen Wegen zwischen Arbeits- und Betreuungsplatz eine Flexibilität bieten können, die öffentliche Einrichtungen oft vermissen lassen.

Einig waren sich die Diskutantinnen auch darüber, dass das Vorhandensein einer betrieblichen Kinderbetreuung stark zur Mitarbeiterbindung beiträgt. Oft merke man bereits bei Bewerbungsgesprächen mit potenziellen Mitarbeitern, die noch gar nicht an Familienplanung denken, dass das Angebot sehr geschätzt werde.

## #FamilieundBeruf

Die JI-Wien will sich aber mit dem Thema Vereinbarkeit nicht nur im Mitgliederkreis befassen, sondern trägt ihre Anliegen auch nach außen. Darum wurde Anfang Mai die Awareness-Kampagne „#FamilieundBeruf“ gestartet. Auf Facebook und Instagram wird einen Monat lang jungen Eltern in ganz Österreich Mut gemacht, bestehende Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf intensiver in Anspruch zu nehmen und aufgezeigt, dass Arbeitgeber und Führungskräfte starke Unterstützer bei diesem Thema sind. Zugleich wird aber auch auf Bereiche hingewiesen, wo es noch Handlungsbedarf seitens der Politik gibt, um beste Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit zu schaffen.

Die Junge Industrie freut sich über zahlreiche Interaktionen (Likes, Shares, Comments) auf Facebook und Instagram von IV-Mitgliedern und Unternehmen, die sich beim Thema Vereinbarkeit einbringen wollen!

# Licht am Ende des Corona-Tunnels: Spotlight auf strukturelle Schwachstellen



Am 11. März 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO das Covid-19-Virus zur Pandemie erklärt. 14 Monate später nimmt die Impfstrategie der Regierung nach einer langen Durststrecke endlich an Fahrt auf und der dringend herbeigesehnte Konjunkturaufschwung scheint zum Greifen nah. Zeit, unseren Blick auf notwendige Veränderungen zu richten: Für eine nachhaltig positive Entwicklung bedarf es eines umfassenden Strukturwandels mit grundlegenden Veränderungen und Impulsen, damit Österreich und auch Europa in den kommenden Monaten im globalen Vergleich wieder wettbewerbsfähiger werden.

## DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at).

Der Blick über den Tellerrand der Europäischen Union zeigt zudem, dass wir ohne erhebliche Anstrengungen zurückfallen werden: Das für 2021 prognostizierte globale Realwachstum von sechs Prozent geht zu jeweils einem Viertel auf die USA und China zurück, wohingegen die EU lediglich 13 Prozent beisteuert. Um im globalen Vergleich nicht noch weiter abgehängt zu werden, müssen die Risse im ökonomischen Fundament also schnellstmöglich angegangen werden – und das besser heute als morgen.

Eine Bestandsaufnahme für den Corona-gebeutelten Wirtschaftsstandort Österreich fällt aktuell mitunter kritisch aus, da sich unser Land in einigen wichtigen Bereichen nur bedingt zukunftsfit präsentiert. Im European Innovation Scoreboard der EU-Kommission etwa belegen wir lediglich Platz 8 und befinden uns somit im Vergleich zu Ländern wie Schweden, Finnland oder Dänemark nicht in der Gruppe der „Innovation Leaders“. Innovation ist aber jener Treibstoff der Zukunft, der den Wachstumsmotor nachhaltig befeuern wird.

Dabei liegt es nicht allein an den Ausgaben, schließlich sind wir mit 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereits jetzt im EU-Spitzenfeld. Eine Vielzahl von hemmenden Faktoren spielen eine Rolle: Der weiterhin massive Fachkräftemangel insbesondere im technischen Bereich sowie das Fehlen von Mitar-

beitern mit wichtigen Zukunftskompetenzen wie Data Analytics, Advanced Coding oder Environmental Science sind nur die Spitze des Eisbergs. Neben der bereits gestarteten Bildungs- und Ausbildungsinitiative bedarf es daher rascher Maßnahmen für eine proaktive, kriteriengeleitete Zuwanderung entlang klarer Qualifikationsanforderungen.

Auch in puncto Digitalisierung hinken wir im europaweiten Vergleich hinterher: Rang 13 im Digital Economy and Society Index der EU-Kommission unterstreicht einmal mehr, dass wir die Digitalisierungslücke zu langsam schließen. Neben der vielerorts fehlenden digitalen Infrastruktur und Ausstattung, beispielsweise in unseren Schulen oder etwa auch in der Bewältigung der Corona-Pandemie, geht es vor allem um die Stärkung der digitalen Kompetenzen, und dies in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft, Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung.

Auch hier lohnt sich ein Blick in den Norden Europas: Die Digitalisierung hat beispielsweise in Estland ein ähnliches Identifikationspotenzial wie Mozart für Österreich. In Zahlen bedeutet das: Da sämtliche Dienstleistungen des Landes auch digital angeboten werden, spart sich der Staatshaushalt Kosten in Höhe von rund zwei Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts.

Eine weitere Herausforderung stellt die geringe Eigenkapitalausstattung der Unternehmen hierzulande dar: Mittlerweile weist jedes fünfte Unternehmen ein negatives Eigenkapital auf und ist damit massiv in seiner Investitions- und damit Zukunftsfähigkeit beschränkt. Eine grundlegende Stärkung der Eigenkapitalausstattung heimischer Unternehmen ist daher unabdingbar. Dafür braucht es neben dringend notwendiger Entlastungen aber auch eine Änderung des öffentlichen Diskurses: Statt ausufernder Verteilungsdebatten oder Diskussionen über neue Quellen für weitere mögliche Staatseinnahmen sollten vielmehr die hohen Staatsausgaben genau unter die Lupe genommen und einer kritischen Effizienzüberprüfung unterzogen werden.

Ohne eine Beschleunigung unseres Wachstums durch strategische Investitionen und Impulse mit hoher Multiplikatorwirkung werden wir aus dieser epochalen Krise nicht gestärkt herauskommen. Wir haben es selber in der Hand.

Ihr

Christian C. Pochtl,  
Präsident der IV-Wien

## #Wiengehtweiter

70 Millionen Euro für Wiens Unternehmen.

Die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden uns noch länger beschäftigen. Für diese Herausforderungen baut die Wirtschaftsagentur Wien auf die Innovationskraft der Wiener Unternehmen. Mit einem zusätzlichen Förderpaket für die vielen verschiedenen Wirtschaftsbranchen unterstützt die Wirtschaftsagentur Unternehmen, die die Krise meistern und sich zukunftsfit aufstellen möchten.

### Jetzt einreichen: Innovate4Vienna

Wesentlicher Teil des Förderpakets ist das Förderprogramm „Innovate4Vienna“.

Es unterstützt mit bis zu 150.000 Euro pro Projekt innovative Lösungen, die aus der Pandemie in die Zukunft weisen. Gefördert werden Projekte von Betrieben aus Produktion und Forschung sowie soziale Innovationen, die dazu beitragen, die Folgen der Corona-Krise besser zu bewältigen und einen gesellschaftlichen Mehrwert mit sich bringen.

Die Projekte sollen zu neuen verbesserten Produkten, Dienstleistungen und Verfahren führen oder zu neuen Geschäftsmodellen sowie sozialen und klimarelevanten Lösungen führen.

### Get connected.

Auf der eigenen Matching-Plattform können sich Unternehmen mit Projektpartnerinnen und Technologielieferanten vernetzen. Auch die Technologieexpertinnen und Förderberater der Wirtschaftsagentur Wien stehen dort für Beratungsgespräche zur Verfügung.

### WEBTIPP

Am besten gleich kostenlos registrieren:  
[www.innovate4vienna.at](http://www.innovate4vienna.at)  
[www.wiengehtweiter.at](http://www.wiengehtweiter.at)

**Wien geht weiter.**  
70 Millionen Euro Förderung für Unternehmen in Wien.

wirtschaftsagentur wien

Jetzt informieren und einreichen!  
[wiengehtweiter.at](http://wiengehtweiter.at)





# CAPE 10: Benachteiligten Menschen Chancen auf Chancengleichheit bieten

Univ.-Prof. Siegfried Meryn, Initiator des von der IV-Wien unterstützten Sozialprojekts CAPE 10, sprach mit den iv-positionen über die Projektidee, den Stand der Umsetzung und das geplante Future Health Lab.



Univ.-Prof. Siegfried Meryn

## Was ist CAPE 10 und welches Ziel verfolgen Sie mit diesem Projekt?

CAPE 10 – Haus der Zukunft und sozialen Innovation – ist neben dem Kinderförderprojekt „MAX & LARA“ und dem Soforthilfeprojekt „Initiative NEIN ZU KRANK UND ARM“ das dritte Projekt der gemeinnützigen CAPE 10 Stiftung. CAPE 10 soll ein moderner, zukunftsorientierter, öffentlicher Lebensraum sein, ein Symbol gesellschaftlicher Neuausrichtung und sozialer Verantwortung, Impulsgeber und Katalysator für eine neue Form des Zusammenlebens von Jung und Alt. Ein Ort der Begegnung und Hoffnung für alle, beispielgebend für eine

Symbiose von unterschiedlichen sozialen Gruppierungen der Gesellschaft.

### Wie kam es zu dieser Idee?

Dass Krankheit zu Armut führen kann, ist bekannt. Und man weiß auch, dass Menschen, die in Armut geboren werden, eine bis zu 10 Jahre kürzere Lebenserwartung haben. Dies war der Auslöser für mich, die Initiative „NEIN ZU KRANK UND ARM“ ins Leben zu rufen. Das war Schritt eins auf dem Weg zu CAPE 10, einem Ort, der benachteiligten Menschen, vor allem Jugendlichen und Kindern, Chancen auf Chancengleichheit bietet. Chancen auf Gesundheit, auf Bildung, auf Zugang zu Kunst und Kultur – unabhängig von gesellschaftlichem und sozialem Status.

### Das Gebäude im Sonnwendviertel wurde Ende letzten Jahres als zentrale Anlaufstelle für all Ihre Aktivitäten fertiggestellt. Welche Angebote gibt es dort schon und welche sollen noch folgen?

Obdach Ester, das Tageszentrum für obdachlose Frauen, hat im März eröffnet und bietet dort bis zu 100 Frauen die Möglichkeit, sich auszuruhen, zu duschen, zu kochen, Wäsche zu waschen und sich untereinander auszutauschen. Eine Primärversorgungseinheit und eine Kinderarzt-Gruppenpraxis starten ihren Probetrieb im Sommer. Gleichzeitig wird die Apotheke aufgesperrt. Ab November 2021 wird es in Kooperation mit der Vinzenz Gruppe und in gemeinnütziger Trägerschaft ein Beratungszentrum mit ehrenamtlichem

FachärztInnen-Netzwerk geben, in dem auch jene Menschen betreut werden, die über keine Krankenversicherung verfügen. Das gesamte zweite Obergeschoss wird ab Dezember 2021 zu einem Gesundheitslabor der Zukunft (Future Health Lab) werden.

### Ein Teilprojekt von CAPE 10 wird also das „Future Health Lab“ sein. Was können wir uns darunter konkret vorstellen?

COVID-19 hat vieles verändert: Wissens- und Wertschöpfungsnetzwerke haben sich im digitalen Bereich völlig neu geordnet und darum wollen wir die Gesundheitswirtschaft in Österreich in ihrer Verschränkung mit anderen Bereichen, vor allem dem Technologiesektor, neu denken und stärken. Wir suchen gemeinsam mit allen Partnern aus der Gesundheitswirtschaft nach innovativen Lösungsansätzen jenseits des Status quo.

Das Future Health Lab ist ein völlig neuartiger interdisziplinärer Innovationsraum und eine Innovationsplattform für die Entwicklung von Lösungen für spezifische, im Vorfeld definierte Herausforderungen im Bereich der Gesundheitswirtschaft. Die betroffenen Projektbereiche sind spartenübergreifend und reichen von IT über Medizintechnik, Health & Wealth, Pharma und Ernährung bis hin zu Lifestyle. Das Future Health Lab dient dabei als Innovationsschnittstelle und Plattform, die nicht nur Raum zur Verfügung stellt, sondern Experten verschiedener Sparten zusammenführt. Ziel ist es, hier vor allem

auch die Privatwirtschaft mit dem öffentlichen Bereich kurzzuschließen, um konkrete und umsetzbare Produkte und Lösungen im digitalen Gesundheitsbereich zu entwickeln.

### Welche Anknüpfungspunkte gibt es für Industrie und Wirtschaft?

Die Stadt Wien hat das Future Health Lab als Leit- und Leuchtturmprojekt für den Schwerpunkt „Gesundheitsmetropole Wien“ im Rahmen der „Wirtschaft- und Innovationsstrategie Wien 2030“ ausgewählt. Dies mit dem Ziel, Wien bis 2030 als eine der fünf führenden europäischen Forschungs- und Innovationsmetropolen im Gesundheitsbereich zu verankern, wie es die Smart City Wien-Rahmenstrategie vorsieht. Das Future Health Lab ist ein völlig neues Innovationsökosystem. Die spartenübergreifenden Wirtschaftsbereiche werden Experten aus den unterschiedlichsten Themenfeldern beschäftigen. Hier bieten sich vielfältige wirtschaftliche Möglichkeiten an. Dabei ruht dieses einzigartige Gesundheitsinnovations-Ökosystem auf drei Säulen: einer anwenderbezogenen „cross over“-Produktentwicklung und Pilotierung mit direkter Anbindung an das österreichische Gesundheitssystem, einem Gesundheits-Bildungszentrum sowohl für die breite Öffentlichkeit als auch für alle Gesundheitsberufe und schließlich, einer Datenplattform für innovative Lösungen in Bezug auf Digital Health. Die Zukunft hat schon begonnen, wir müssen Gesundheit neu denken!